

AM KONFERENZTISCH SAßEN:

Michail Sergejewitsch Gorbatschow

Ehemaliger Sowjetischer Staatspräsident Präsident der Stiftung für Internationale Sozialökonomische und Politische Studien

Ab 1970 Mitglied des obersten Sowjets. 1985 wurde er zum Generalsekretär der KPdSU gewählt. Im Oktober 1985 stellte Gorbatschow ein Programm zum strategischen Umbau der Sowjetunion vor (Perestroika). Er hat wesentlichen Anteil an der Beförderung der Entspannungspolitik und dem Abschluß des Abkommens zum Abbau der Mittelstreckenraketen der Supermächte.

Mit der Gründung der Gemeinschaft unabhängiger Staaten GUS am 25. September 1991 erklärte er seinen Rücktritt.

Als Präsident der Stiftung Internationale Sozialökonomische und Politische Studien befaßt sich Gorbatschow mit Problemen der demokratischen und marktwirtschaftlichen Umgestaltung Rußlands sowie mit Fragen einer umwelt- und menschenverträglichen Perspektive der Welt.

Friedensnobelpreisträger

Edward Heath

Ehemaliger britischer Premierminister

Sir Edward Heath war britischer Premierminister von 1970 bis 1974. In dieser Zeit schaffte er die Bedingungen zum Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Union.

Von 1965 bis 1975 war er Vorsitzender der Konservativen Partei Großbritanniens und seit 1950 Mitglied des Parlaments und damit der "Father of the House of Commons".

Sir Edward Heath war Mitglied der Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklung, die sich unter dem Vorsitz von Willy Brandt von 1977 bis 1979 traf und die Arbeit am 1980 veröffentlichten Brandt-Report entscheidend unterstützte.

1992 wurde Sir Edward Heath die höchste Ehre auszeichnung durch die Queen zuteil; 1993 erhielt er das Bundesverdienstkreuz.

Dieter Althaus Thüringer Kultusminister

Dieter Althaus arbeitete von 1983 bis 1989 als Lehrer in Geismar, seit 1987 war er stellvertretender Direktor.

Er fungierte vom 1. Januar 1990 bis Oktober 1990 als Kreisschulrat des Landkreises Heiligenstadt und vom Mai bis Oktober 1990 als Dezernent für Schule, Jugend und Kultur des Kreises.

Von Oktober 1990 bis Februar 1992 war Dieter Althaus Mitglied des Thüringer Landtages, und seit 1992 ist er Kultusminister von Thüringen.

Seit Januar 1993 nimmt er den stellvertretenden Vorsitz der CDU Thüringen wahr.

Adam Krzeminski

Polnischer Germanist und Publizist

Adam Krzeminski war von 1967 bis 1973 Redakteur der Wochenzeitung "Forum".

Seit 1973 ist er Redakteur der Wochenzeitung "Polityka". Er ist zuständig für alle deutschen Themen und schreibt regelmäßig innen- und außenpolitische Leitartikel sowie Essays zur Zeit- und Ideengeschichte.

Seit einigen Jahren ist er stellvertretender Chefredakteur des Magazins für deutsch-polnische Verständigung "Dialog" in Hamburg.

Adam Krzeminski ist seit 1990 stellvertretender Vorsitzender der Polnisch-Deutschen Gesellschaft in Warschau.

1993 erhielt Krzeminski die Goethe-Medaille der Stadt Weimar.

Christine Lieberknecht

Thüringer Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten

Christine Lieberknecht studierte evangelische Theologie in Jena, sie arbeitete von 1984 bis 1990 als Pastorin im Kirchenkreis Weimar.

Seit 1984 ist sie Mitglied der CDU und Mitautorin der "Briefe aus Weimar" vom September 1989, in denen durchgreifende gesellschaftliche Reformen in der DDR gefordert wurden.

Sie ist Mitglied des Bundesvorstandes der CDU Deutschland und seit 1992 stellvertretendes Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands.

Christine Lieberknecht ist zudem Vorsitzende der 1993 gegründeten Europäischen Bewegung Thüringen e. V.

Friedrich Schorlemmer

Deutscher Theologe und Politiker

Friedrich Schorlemmer war Studentenpfarrer in Merseburg und bis 1992 Prediger in Wittenberg. Als Protagonist der kirchlichen Friedensarbeit legte er zusammen mit seiner Gruppe 1988 auf dem Kirchentag in Halle die regimekritischen "20 Wittenberger Thesen" vor.

Im September 1989 war er Mitbegründer der Bürgerbewegung "Demokratischer Aufbruch" und vertrat die Option auf die Entwicklung einer wirklich demokratischen zweiten deutschen Republik.

Friedrich Schorlemmer ging zunehmend auf Distanz zum "Demokratischen Aufbruch" und trat der SPD bei, deren Fraktionsvorsitzender er seit 1990 in Wittenberg ist.

Schorlemmer ist Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels.

Jonathan Steinberg

Amerikanischer Professor für Geschichte in Cambridge

Jonathan Steinberg ist seit 1961 Universitätslehrer für Geschichte. Er ist Mitherausgeber des Historical Journal und unterhält eine umfangreiche Forschungs- und Publikationstätigkeit auf dem Gebiet der modernen europäischen Geschichte.

Von 1979 bis 1987 war er Kolumnist der "New Society" und Autor des "Standard" und der "Financial Times", außerdem war er als Radiodokumentarist der BBC tätig.

Von 1987 bis 1988 erhielt er ein Forschungsstipendium des Leverhulm Trust, er hielt Vorlesungen in Harvard, Brown, an den Universitäten von Pennsylvania, Connecticut und New York.

1993 war Jonathan Steinberg Lektor an der Sommerakademie Weimar.

Walter Wallmann

Deutscher Rechtswissenschaftler und Politiker

Walter Wallmann war von 1968 bis 1977 Mitglied des Marburger Stadtparlaments und 12 Jahre lang CDU-Kreisvorsitzender.

1966 wurde er in den Hessischen Landtag gewählt und war ab 1967 stellvertretender Landesvorsitzender der hessischen CDU. 1970 wurde er stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender des Innenausschusses.

Walter Wallmann wurde 1972 in den Deutschen Bundestag gewählt. Er gehörte dem außen- und verteidigungspolitischen Ausschuss an und wurde 1977 Mitglied des Bundesvorstandes der CDU.

1977 wurde er Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt/M. - Wiederwahl 1981 und 1985, 1986 folgte die Ernennung zum Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Von 1987 bis 1991 war Walter Wallmann Ministerpräsident des Landes Hessen.

Dokumentation der Diskussion

Gabriele Krone-Schmalz: Ich möchte an den Anfang der Diskussion einen Ausspruch des russischen Dichters Jewgeni Jewtuschenko stellen: "Grenzenloser Optimismus ist ein Mangel an Wissen, aber grenzenloser Pessimismus ist ein Mangel an Phantasie." Unser Thema braucht viele phantasievolle Gäste.

Jetzt sollten sich zunächst diejenigen Gesprächsteilnehmer äußern, die heute vormittag noch keine Gelegenheit hatten, zu sprechen. Ein russischer, ein britischer und ein deutscher Standpunkt wurden bereits vorgetragen. Herr Schorlemmer hat hier im Osten die Umwälzungen der letzten Jahre hautnah miterlebt. Wie schätzen Sie die Ausgangssituation vor fünf Jahren ein?

Friedrich Schorlemmer: Ich stelle mir vor, Michail Sergejewitsch, Sie wären im September 1989 durch die DDR gereist. Was meinen Sie, was da los gewesen wäre? Sie haben sich damals die Freiheit genommen, auf Ihre Panzer zu verzichten und uns die Freiheit gegeben, uns selbst zu bestimmen. Wir haben vor fünf Jahren nur darauf gewartet, daß Sie durch Dresden, Erfurt, Magdeburg reisen und sagen: "Jetzt geht es um die Einheit von Demokratie und Sozialismus!" Hatten Sie nicht die Macht, zu uns zu kommen und die Strukturen für eine Freundschaft vorzubereiten, die durch 40 Jahre Besatzungsmacht eher verhindert als gefördert wurde?

Michail Gorbatschow: Hätte ich das getan, dann wäre dies ein Verstoß gegen mein Prinzip des "neuen Denkens" und der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten und Völker gewesen. Jedes Volk hat das Recht, sein Schicksal selbst zu bestimmen, seine eigene Wahl zu treffen.

Friedrich Schorlemmer: Sie sind immer gern mit russischen Sprichworten umgegangen. Im Deutschen gibt es auch ein Sprichwort, das heißt: "Undank ist der Welt Lohn". Aber Dank muß für Sie der Deutschen Lohn sein. Und ich will hier zunächst mit Blick auf das schnelle Vergessen einfach nur Dank sagen.

Als vor ein paar Tagen die, wie man sagt, russischen Soldaten wegzogen - es war die Sowjetarmee, die abgezogen ist -, hat man darauf verzichtet, noch einmal zu erwähnen, daß es vor dem jetzigen auch noch einen anderen russischen Präsidenten gab, daß es eine Rote Armee war, die uns 1945 befreit hat, daß wir nicht einander großes Leid zugefügt haben, sondern daß unser Land Ihrem Land unendliches Leid zugefügt hat und daß wir Deutschen nicht die Kraft hatten, uns selber vom Faschismus zu befreien. Die Sowjetunion hat uns mit unglaublichen Opfern von dieser Geisel befreit. Da wir schon wieder anfangen, aus diplomatischen Rücksichten durch einfaches Verschweigen Geschichtsklitterung zu betreiben, möchte ich noch einmal wiederholen: Es war die Rote Armee, die uns vom Faschismus befreit hat, und der, der uns dann die demokratische Freiheit gebracht hat, weil wir nur die Diktatur bekamen, das waren Sie, sehr geehrter Herr Gorbatschow. Ihre Rede im Oktober 1985 in Paris, als man Sie noch für einen geschickten Rhetoriker hielt, manchmal sogar mit einem schlimmen Rhetoriker aus der deutschen Vergangenheit verglich, war für uns ein unglaubliches Signal. Auf Ihnen ruhten die Hoffnungen auf Demokratie und Perestroika. Ihre große Rede vor der UNO, in der Sie von der globalen solidarischen Überlebensvernunft sprachen, brachte für uns zum Ausdruck, daß Demokratie, Perestroika und Neues Denken eine Perspektive für die Weltpolitik sein könnten.

Ihnen verdanken wir, daß wir jetzt hier sitzen und nicht ins Gefängnis gekommen sind. Wir konnten damals mit Ihren Worten sagen, was wir mit unseren nicht sagen durften. Also haben wir uns hinter Ihnen versteckt, und dadurch konnte man uns nicht einsperren, und insofern haben Ihre Reden bei uns damals Politik gemacht. Es gab eine Zeit, in der haben Sie mit Worten unglaublich gewirkt, Mut gemacht und dafür gesorgt, daß wir uns organisieren konnten und nicht ins Gefängnis kamen. Insofern ist, was in Osteuropa und auch in der DDR geschah, wesentlich Ihnen zu verdanken und das möchte ich, als ein Teil dieser Demokratiebewegung in der Deutschen Demokratischen Republik, noch einmal heute hier sagen.

Gabriele Krone-Schmalz: Ich muß noch eine kurze Korrektur anbringen: Sir Edward Heath hat mich darauf aufmerksam gemacht, daß es sich nicht um den britischen Standpunkt handelte, den er eingangs vorgetragen hat, sondern um seinen persönlichen. Es wäre ja auch zu schön, wenn der britische Standpunkt auch die Erkenntnis beinhalten würde, daß IWF und Weltbank die russische Entwicklung durch zu starkes Drängen negativ beeinflusst haben.

Die bedeutsame Rolle von Deutschen und Russen beim Aufbau des Europäischen Hauses wird niemand bestreiten. Aber wie diese Rolle im einzelnen aussieht, welche Gedanken, Gefühle und auch Ängste bei anderen Völkern damit verbunden sind, muß man unbedingt aussprechen, ohne dabei gleich als jemand zu erscheinen, der alle positiven Entwicklungen ins Negative verzerrt.

Adam Krezeminski: Ich sehe, Sie wollen mir gleich aus der Patsche helfen, damit ich nicht als Spielverderber hier auftrete: als Pole. Denn seit 250 Jahren lief es uns kalt über den Rücken, wenn die Deutschen und die Russen zusammen an einem Tisch saßen und sich gegenseitig europäische Entwürfe zuschoben.

Ich muß sagen, daß meine Worte eigentlich ein bißchen anders klingen müssen als die meines Freundes Friedrich Schorlemmer, weil schon in den achtziger Jahren in Polen eine heiße Debatte im Gange war: Wer ist die Henne, und wer ist das Ei? Wer stand am Anfang dieses Prozesses, Solidarnosc oder Gorbatschow? Dieser Streit ist eigentlich heute entschieden. Man sagt, beide etwa zu gleichen Teilen. Und wir suchen gierig nach irgendwelchen Beweisen in der westlichen Publizistik, vielleicht auch in der östlichen, die uns darin bekräftigen, daß der Impuls des Aufbegehrens in Polen lag, auch in der Tschechoslowakei, auch in der DDR, freilich - Verzeihung! - sehr leise und in Ungarn. Das hat die Notwendigkeit eines Michail Gorbatschow geschaffen. Sie waren sozusagen die Antwort auf dieses Aufbegehren, Sie waren ein Versuch, diese Sowjetunion zu reformieren, zu retten, zu moder-

nisieren, zu öffnen. Was daraus geworden ist, darüber können wir diskutieren, denn sowohl die Gegenwart als auch die Zukunft sind heute recht offen.

Jetzt zu Polen: Ich höre ziemlich genau alles, was zwischen Deutschen und Russen heute zu europäischen Entwürfen erzählt wird, und es ist vielleicht eine polnische Neurose, daß es uns stutzig macht, wenn man so leichtfüßig dieses Polen mit immerhin 40 Mill. Menschen überfliegt und von Rußland spricht und von Europa und dabei nur Westeuropa, manchmal Mitteleuropa, erwähnt. Zum Glück hat Edward Heath vermerkt, daß es auch tragische Daten in der deutsch-russisch-polnischen Geschichte gegeben hat, z.B. 1939.

In diesem Zusammenhang habe ich eine direkte Frage an Herrn Gorbatschow: Was ist das polnische Problem der Russen? Sowohl Sie als auch der jetzige Präsident der russischen Föderation, Boris Jelzin, haben es sich sehr schwer gemacht, die richtigen Worte zu finden. Sie waren 1988 in Polen. Mit großen Erwartungen wurden Sie sehr herzlich aufgenommen, aber man hat auf ein paar Worte gewartet, die nicht nur die Rolle der Sowjetunion als des (zweilichtigen) Befreiers von 1944 in Erinnerung rufen, sondern auch die Rolle des Mitverursachers und Mitschuldigen für das Jahr 1939 erwähnen. Die Sowjetunion, Stalin, ist zusammen mit Hitler an diesem Krieg schuldig gewesen. Die ethnische Säuberung in Ostpolen fand mit rigorosen Methoden statt. Die Verluste der Polen im russisch bzw. sowjetisch besetzten Polen waren genau so hoch wie im deutsch besetzten. Es kam nichts. Kein Wort dazu. Kein Wort zu Katyn.

Die Frage ist, ist es das Problem eines übermächtigen Rußland, ein psychologisches Problem, von diesem hohen Roß herunterzusteigen und zu sagen, verdammt, wir sind auch schuldig gewesen, wir sind nicht nur die glorreichen Befreier, wir sind ein Hegemon, wir sind ein Imperium, und jetzt findet eine Ablösung von der 300-jährigen Logik der russischen Geschichte statt? Das Gegenteil ist der Fall! Heute hören wir, daß die petrikanische Geschichte und Logik des russischen Staates aufrecht erhalten werden soll. Peter der Große ist auch heute ein Vorbild für den russischen Staat! Wie kann man das alles auf einen Nenner bringen? Rußland - eine Demokratie oder Rußland - ein Imperium? Manche sagen: Entweder - oder. Man kann nicht "ein bißchen schwanger" werden. Kann Rußland ein bißchen demokratisch und ein bißchen imperial sein und keine Bedrohung für uns im Osten darstellen?

Michail Gorbatschow: Ich denke, wir haben es richtig gemacht in der Frage mit dem Huhn und dem Ei. Wir haben das Huhn gebraten und aus dem Ei ein Rührei gemacht.

Sie haben mich an meinen Besuch in Polen erinnert. Ich bin der Meinung, daß es eine große Leistung von mir war, wobei ich ungern von Leistungen rede, daß ich wirklich die Frage der polnisch-sowjetischen Beziehungen als Kernproblem betrachtet habe und die Notwendigkeit empfand, daß sie normalisiert werden. Jahrhundertlang haben wir sie durch Kriege verdorben. Und ich glaube, daß Polen damals verstanden hat, daß ich die Lösung dieser Probleme wirklich wollte.

Als ich das erste Mal bei Ihnen war, da hatte ich Angst vor dem Treffen in Krakau. Krakau sollte aus dem Besuchsprogramm gestrichen werden, aber ich habe gesagt, wir fahren überall hin, nach Krakau, nach sonstwohin, bis ich am Ende bin mit meiner Kraft. Und in Krakau waren die besten Treffen. Doch die Menschen bei uns mußten die Möglichkeit haben, wirklich selbst zu begreifen, was mit uns passierte. Wir brauchten die Wahrheit. Um zu Ihnen zu kommen und das zu sagen, was ich bei meinem zweiten Besuch gesagt habe, mußten wir einen schweren Weg der Erkenntnis gehen, mußten wir die freien Wahlen in der Sowjetunion endlich ermöglichen, mußten wir ein neues Konzept der Staatlichkeit erarbeiten, mußten wir begreifen, ohne Demokratie, ohne Offenheit, werden wir ersticken und untergehen.

Das betraf uns zunächst selbst. All das mußten wir in der Sowjetunion selbst erkennen, ohne mit Jaruselski darüber zu reden, mit dem ich immer noch befreundet bin, egal, wie Sie das in Polen einschätzen. Ich glaube, Sie haben Glück gehabt mit diesem Menschen mit großen Schulterstücken, der an der Spitze der polnischen Politik stand. Er war wirklich ein Pole und ein richtiger Politiker, der in dieser Situation sehr geeignet war. Ich habe ihn gleich richtig verstanden. Wir mußten den Menschen die Wahrheit sagen, über 1939, über Katyn und über vieles andere. Aber wir mußten diese Wahrheit in der Sowjetunion erst einmal selbst gewinnen, richtig erkämpfen. Ich persönlich, ich als Präsident, mußte diese Wahrheit erst selbst erkennen und diesen Weg gehen, um jene Offenheit erst einmal schaffen zu können. Dann haben wir die polnisch-sowjetische Historikerkommission gebildet. Darüber

haben wir aufzudecken versucht, was über diesen Abschnitt unserer gemeinsamen Geschichte alles im Dunklen lag. Unsere Archivmitarbeiter und Historiker haben einige Stunden, bevor ich zurücktreten mußte, in den Dokumenten vom Konvoi ein Paket mit den Unterlagen aller betroffenen polnischen Familien gefunden, und deswegen konnte ich dann ganz öffentlich über TASS die Wahrheit über Katyń erklären.

Wir mußten im Interesse des großen Schatzes an gut nachbarschaftlichen Beziehungen das alles gemeinsam nacherleben und diesen Weg gemeinsam gehen. Dabei hatte ich den großen Wunsch, daß die Russen und die Polen als Slawen nicht nur gute Nachbarn bleiben, sondern eine Einheit bilden. - Es geschieht nicht alles so schnell wie wir das wünschen. Wir müssen realistisch bleiben. Wenn es uns wirklich um ein gemeinsames großes Europa geht, dann dürfen wir gegenseitig nicht zulassen, daß dieses Europa nochmals geteilt wird, daß neue Grenzen gezogen, geschweige Eiserne Vorhänge geschaffen werden. Ich glaube, in einem solchen Europa brauchen wir nicht mehr über die Länder und Regionen zu springen und jemand wegzulassen. Wir brauchen ein Europa, in dem wir alle eigene Herren sind. Dieses Europa braucht kein Direktorium aus zwölf Staaten oder den NATO-Mitgliedsländern, um sich selbst zu regieren. Ich glaube, Sie geben mir recht, obwohl Polen auch in die NATO wollte. Sie wollen viel zu schnell in ein großes Europa. Wir müssen dieses große Europa erst aufbauen. Es soll die NATO behalten und die GUS, es soll aber nicht von einem der beiden dominiert werden.

Gabriele Krone-Schmalz: Ich möchte Herrn Steinberg bitten, die Fragen, die bisher angesprochen wurden, aus amerikanischer Sicht zu kommentieren.

Jonathan Steinberg: Ich glaube, daß ein bescheidener Amerikaner sich in keiner Weise in die Verhältnisse zwischen Polen und Rußland einmischen darf.

Gabriele Krone-Schmalz: Das ist natürlich ein durchaus interessanter Aspekt der Nichteinmischung der Amerikaner!

Michail Gorbatschow: Sie sprechen von dem "bescheidenen Amerikaner!" - Sie haben aber keine bescheidene Administration in den USA.

Jonathan Steinberg: Gerade darüber wollte ich eigentlich sprechen und möchte die Diskussion zurücklenken auf ein globales Problem, das in der Rede von Herrn Gorbatschow eine Rolle spielte. Über Ihre Begegnung mit George Schultz in Kalifornien berichten Sie, daß Sie von den Amerikanern verlangt haben, daß sie wie die Russen das Monopol der Gerechtigkeit, das Monopol des Allwissens aufgeben und nicht mehr ausschließlich auf ihr System pochen, wie Sie es jetzt aufgehört haben zu tun.

Die USA sind im Grunde die einzige Großmacht der Geschichte, die ohne Staat großgeworden ist. Bis heute haben wir kein Berufsbeamtentum. Wir haben keine alte, landbesitzende Klasse und sind schon im 17. Jahrhundert eine liberale Konsumgesellschaft gewesen. Deswegen hat das amerikanische Volk u.a. noch immer nicht fertiggebracht, ein halbwegs anständiges Gesundheitssystem zu gründen. Es fehlt uns im Grunde das Kollektive. Wir haben keine Erfahrung mit kollektiven Errungenschaften. Man darf deshalb nicht vergessen, daß wir nicht zu Europa gehören. Ihr Europäer steht für euch selbst. Ihr habt einige gemeinsame historische Erfahrungen, die die anderen Völker in dieser Form nicht haben: Feudalismus, Bauerntum, Adel, verschiedene christliche Konfessionen, Kriege, Völkerwanderung, verschiedene Nationalismen. All das habt Ihr gemeinsam von Irland bis Wladiwostok. Und das unterscheidet Europa beispielsweise von den USA. Aber ich glaube, Ihr dürft vorläufig nicht damit rechnen, daß die Amerikaner die Eigenständigkeit verschiedener gesellschaftlicher und kultureller Erfahrungen und gesellschaftlicher Systeme akzeptieren. Die amerikanische Administration hat noch immer nicht begriffen, wo die Grenzen amerikanischer Macht liegen und was eigentlich das Staatsinteresse des amerikanischen Volkes sei. Denn im Grunde kann der Amerikaner noch immer nicht an eine Welt der Pluralität denken. Er denkt nur an sein System, das überall irgendwie eingeführt werden soll.

Gabriele Krone-Schmalz: Von daher drängt sich die Frage auf, interessiert das denn bei Ihnen überhaupt, was sich hier abspielt?

Jonathan Steinberg: Für mich persönlich ist die gegenwärtige Entwicklung in Europa natürlich faszinierend, ich wohne immerhin seit dreißig Jahren in Europa. Das ist für uns eine einmalige Gelegenheit, Geschichte zu erleben. Und vor allem im Osten von Deutschland finde ich das Rohmaterial für die Geschichte. Aber für die Menschen in Amerika ist das alles schon recht weit entfernt.

Gabriele Krone-Schmalz: Sie haben im Grunde genommen einen interessanten Aspekt vorweggenommen, der uns nachher weiter beschäftigen sollte. Sie haben gesagt, den Amerikanern fehle zum Beispiel die Erfahrung des Kollektivs. Und das wäre ja schon wieder ein Ansatzpunkt dafür, daß es nicht angehen kann, ein historisch konkretes Modell in irgendeiner Form zu transferieren, sondern daß in jedem Falle beide Seiten versuchen müssen, voneinander zu lernen. Was ja fast alle sagen, aber kaum einer tut.

Vielleicht sollten wir an der Stelle versuchen, unsere Bestandsaufnahme am Beispiel Europas fortzusetzen. Wir haben zwar heute morgen eine ganze Reihe wirklich sehr schöner Bonmots über Europa gehört, aber so richtig definiert haben wir den Begriff eigentlich nicht. Was ist denn nun Europa? Wo fängt es an, wo hört es auf? Denn um konkrete Politik zu machen, muß man ja, glaube ich, etwas handfester formulieren.

Dieter Althaus: Ich denke, daß wir, wenn wir dieses Europa diskutieren, über einen Kern sprechen, der sich historisch herausgebildet hat und jetzt durch die Europäische Union auch Gestalt annimmt. Aber diese Union ist auch eine Vision, die Möglichkeit, in einer "kleinen Realität" ein zukünftiges großes Europa schon jetzt zu erleben. Das Problem dabei ist, wie man über die sehr unterschiedlichen Strukturen, die sehr unterschiedlichen Vorstellungen, die in den Ländern Europas herrschen, diese Gemeinsamkeit am Ende erreichen soll, und ich glaube, da hilft uns eine Strukturdiskussion überhaupt nicht weiter.

Und ich glaube auch, daß wir uns etwas vormachen, wenn wir Osten und Westen nur noch geographisch sehen. Mit der Einheit Deutschlands hat sich auch für mich persönlich gezeigt, wie westorientiert viele von uns eigentlich waren oder aber wie wir - auch ich - diese Westorientierung suchten. Und nun wäre es sehr schade, wenn diese menschlich verständliche, allein schon an den Konsum gebundene Westorientierung am Ende dazu führen würde, daß wir die kleinen Brücken und schwachen Fundamente, die wir in den neuen Ländern aus der DDR heraus zum Osten hatten, abrechen lassen würden.

Ich kann mir dieses Europa nur vorstellen, wenn wir es nicht zu einem Mächteproblem machen. Und wenn wir auch nicht versuchen, ein Mächteproblem oder eine Mächtelösung anzustreben, sondern wenn wir beim Menschen anfangen und zunächst gegenseitig die Kultur, die Unterschiedlichkeit des Empfindens, Erlebens und Weitergebens von Werten zu verstehen und zu akzeptieren lernen. Auf so einem Fundament von gegenseitig akzeptierten, nicht gleichgeschalteten Werten in einem Einheitsbrei, kann man dann vielleicht versuchen, Strukturen zu schaffen. Die Partnerschaft muß beim Menschen anfangen, und die Politik ist nur dazu gut, diesen menschlichen Prozeß zu unterstützen, indem sie diese Partnerschaft unterstützt und bei dieser Hilfe die Menschen nicht überfordert, keine falschen Rezepte gibt, sondern einfach dafür sorgt, daß diese menschliche Basis, diese menschlichen Fundamente entstehen können. Und das ist ganz besonders für die Jugend gemeint, denn sie ist diejenige, die in der nächsten Generation den Prozeß des Zusammenwachsens gestalten soll.

Gabriele Krone-Schmalz: Dieser Gedanke einer Partnerschaft, die durch Hilfe unterstützt werden soll, ist besser als eine Auffassung, die die Zusammenarbeit zwischen Ost und West nur auf einen einseitig gerichteten Hilfestrom reduziert, wie das häufig noch der Fall ist. Ich denke, die Definition des Verhältnisses zwischen Ost- und Westeuropa ist ein Schlüssel für die zukünftige Entwicklung. Aber in diesem Zusammenhang muß die Frage: "Europa, was ist das denn nun?" doch noch einmal aufgegriffen werden. Daß Polen dazugehört, darüber streiten sich ja die wenigsten, daß Tschechien und die Slowakei und andere Völker Ostmitteleuropas dazugehören, ist ebenfalls weitgehend außer Frage. Aber wie ist es mit Rußland? Gehört es zu diesem Europa? Und wenn ja, bis wohin?

Michail Gorbatschow: Gar keine Frage, daß Rußland dazu gehört. Um noch ein bißchen das Feuer zu entflammen...

Gabriele Krone-Schmalz: Herr Althaus nur ganz kurz, wenn Sie von Europa sprechen, meinen Sie es mit Rußland oder ohne?

Dieter Althaus: Sicher, das ist gar keine Frage, Rußland gehört richtig dazu. Und das ist für mich nicht die Frage der Zugehörigkeit zur Europäischen Union, sondern es ist die Frage dieses einheitlichen Kulturraumes, und da gehört Rußland voll dazu.

Michail Gorbatschow: Ich möchte noch ein bißchen Sprengstoff auslegen: Sehr geehrter Herr Professor Steinberg, ich kenne Sie schon lange, und ich freue mich über die Möglichkeit, Sie persönlich kennenzulernen. Sie haben gesagt, die USA sind kein Europa, und die Europäer sollten die Amerikaner nicht zu sehr in ihre Probleme hineinziehen. Zweitens hat Herr Althaus gesagt, die Deutschen hätten die Westorientierung gewählt. Also: die Deutschen versuchen, sich westlich zu orientieren. Die USA versuchen, sich zu distanzieren von Europa. Das ist ja paradox! Wir haben die Mauern überwunden, haben den Kalten Krieg überwunden, haben eine Chance bekommen, um uns anzunähern, und nun sind wir total verwirrt. Wir wissen gar nicht, wo wir hingehen sollen.

Die Verwirrung kommt nicht aus der Politik., sondern die Verwirrung kommt von diesen Gesprächen, von solchen Gesprächen an solchen Tischen. Wenn wir vergessen haben, daß der Ausgangspunkt für die Politik des Neuen Denkens eben diese Zusammengehörigkeit ist, die Abhängigkeit voneinander, die für die ganze Welt gilt, dann gehen wir falsch. Wir müssen uns alle schlecht fühlen, wenn es in Sarajevo schlecht geht, in den USA muß es den Leuten dann auch schlecht sein, das ist meine Schlußfolgerung. Die Welt ist unzertrennbar!

Und nun, statt uns anzunähern, gehen wir einige Schritte zurück und treten von einem Bein auf das andere, wie vor einer Toilette. Andere versuchen, eine ganz andere Orientierung zu wählen, und sie vergessen dabei, was wir gemeinsam erlitten haben. Wir spüren immer noch, wie die Erde unter unseren Füßen bebte, es gab eine große Entschlossenheit zum Neubeginn, und nun beginnen wir, irgendwelche Irrwege zu suchen. Die Welt ist eine ganze Welt, Europa ist eines, wir brauchen Verständnis dafür, es ist nötig, daß die neuen Generationen sich gegenseitig besuchen und Kontakte aufbauen, sie haben weniger Vorurteile, weniger Schmutz und Dreck im Kopf. Deswegen werden sie das neue und bessere Europa schneller aufbauen. Dann werden wir erst spüren, daß wir die Menschen richtig orientiert haben, die älteren Menschen und die jungen.

Christine Lieberknecht: Ich möchte eine Vorbemerkung machen. Wir haben heute mehrfach gehört, es ist nichts mehr so, wie es war. Für die letzten fünf Jahre möchte ich auch für mich persönlich gestehen, daß ich mich zu keinem Zeitpunkt den Ereignissen von 1989 so nahe gefühlt habe wie an diesem Tisch. Und wenn wir uns ehrlich zurückbesinnen, dann stelle ich auch fest, daß die Hoffnung der Initiatoren des "Herbstes '89" Gorbatschow war. Es war nicht der Westen, denn wir wußten auch um die Schwächen des Westens. Ich sage das auch für meine Partei, die damals das "Reformdokument der CDU" formuliert hat, worin wir die Forderung nach demokratischen Freiheiten, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Reisefreiheit, aufgriffen, ohne die deutsche Einheit schon im Blick gehabt zu haben.

Mit Sicht auf Europa haben wir damals das Wort vom "Haus Europa" aufgegriffen, das war Ihre Formulierung. Und damit haben wir auch das von Ihnen umrissene Europa gemeint. Wir haben dann sehr verblüfft festgestellt, daß nach dem Fall der Mauer in Gesprächen mit westlichen Partnern Europa ganz anders verstanden wurde. Und ich denke, diese Kluft zwischen zwei Europa-Begriffen müssen wir überwinden, und hier haben wir im Osten und zugleich in der Mitte Europas auch eine Funktion, die mit großer Verantwortung, mit großen Risiken, aber auch mit großen Chancen verbunden ist.

Wir können keine Politik des Entweder - Oder betreiben, sondern müssen das Ganze sehen. Das ist existentiell für uns, aber auch für Rußland und unsere Nachbarn im Osten und im Westen. Hier gilt es auszugehen von der Erkenntnis, die Sie auch formuliert haben: Der Kalte Krieg hat keine Sieger. Ich denke, das müssen wir uns alle klarmachen: Ein System ist zusammengebrochen, aber es gibt auch erheblichen Änderungsbedarf in dem, was wir als "westliches System" umschreiben. Die Steigerung der Konsumspirale ist endlich, sie muß endlich sein. Wie auch der Verbrauch der Umwelt endlich ist. Die Weltumweltkonferenz 1992 in Rio de Janeiro und die Weltbevölkerungskonferenz, die jetzt in Kairo stattgefunden hat, haben deutlich unterstrichen: Wir müssen die ganze Welt im Blick haben.

Es ist die Frage, wie groß der Druck noch werden muß, damit wir tatsächlich etwas ändern. Im Osten spürt man diesen Druck. Aber wie groß muß der Druck sein, damit wir die notwendigen Veränderungen in ganz Europa vornehmen? Hieran zu arbeiten, solange wir die Prozesse noch steuern können, das ist eigentlich mein Anliegen, und dazu denke ich, ist es auch sehr wichtig, daß wir uns hier in dieser Pluralität verständigen können, auch in dieser Offenheit.

Gabriele Krone-Schmalz: Sie haben hier eben kurz angedeutet, daß Sie eine andere Vorstellung von Europa hatten und daß diese sich dann verändert habe. Können Sie diesen Unterschied kurz skizzieren?

Christine Lieberknecht: Für uns war immer klar, ganz Europa gehört zu Europa, genauso wie die DDR damals für uns Deutschland war. Und ich war immer völlig verblüfft, wenn Besucher aus dem westlichen Teil kamen und von Deutschland sprachen und ich dasaß und sagte, ja, wir sind doch auch Deutschland. Und genauso sind wir auch Europa. Immer gewesen. Ob der Westen das wahrgenommen hat oder nicht, war eigentlich mehr das Problem des Westens als unser Problem.

Gabriele Krone-Schmalz: Ich nehme an, Herr Wallmann, es drängt Sie jetzt, auch Ihren Standpunkt loszuwerden.

Walter Wallmann: Ich möchte zunächst noch eine Bemerkung machen zu dieser Diskussion zwischen Herrn Gorbatschow und Herrn Krzeminski. Denn es handelt sich dabei natürlich nicht nur um ein russisch-polnisches Problem. Es wäre schlimm, wenn Deutsche hier an diesem Tisch dazu nichts sagen würden. Die Frage nach der Henne oder dem Ei ist irgendwo rhetorisch. Damals in der DDR und in der "Alten Bundesrepublik" haben wir alle die Solidarnosc-Bewegung bewundert und mit Zittern und Zagen begleitet. Und ich denke, Herr Präsident Gorbatschow, Sie spüren an der Reaktion der Menschen draußen, welche unendliche Dankbarkeit Ihnen für Ihre damalige Politik entgegenschlägt.

Nur sage ich auch, meine Damen und Herren, wir Deutschen müssen ein bißchen aufpassen, daß wir nicht nur zu sehr auf uns schauen. Die Freiheit für die Polen und für die Tschechen und für die Slowaken und für die Ungarn ist für diese Menschen ein genauso großes Geschenk wie für die Russen und für uns hier in Deutschland, das nun wiedervereinigt ist. Und ich meine, wir müssen in diesem Zusammenhang auch sagen, daß wir die Chance, die wir durch Sie, Herr Präsident Gorbatschow, in ganz Europa, nicht nur im östlichen Europa, bekommen haben, jetzt auch wahrnehmen müssen.

Gestatten Sie mir, Herr Krzeminski, daß ich kurz eine sehr persönliche Bemerkung mache. Am 9. November 1989 war ich mit dem Bundeskanzler in Warschau. Ministerpräsident Masowietzki und Bundeskanzler Kohl hatten ihre Reden gehalten, es ging damals um die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. In diesem Augenblick erfuhren wir: Die Grenzen sind geöffnet. Ich mache gar keinen Hehl daraus: ich wollte es nicht glauben. Neben mir saß der frühere polnische Ministerpräsident Rakowski. Und er sagte zu mir: "Das bedeutet die deutsche Wiedervereinigung." Dann gab es die Pressekonferenz. Ein Journalist fragte gleich zu Beginn: "Herr Bundeskanzler, was empfinden sie? Sie sind jetzt hier in Warschau, in Polen und nicht in Berlin..." Sozusagen am falschen Platz. Und Helmut Kohl hat geantwortet: "Nein, in diesem Augenblick hier in Warschau zu sein, ist der beste Platz, an dem ich jetzt sein kann, denn ich will auch in diesem Augenblick bezeugen, daß es zwischen Deutschen und Polen niemals wieder eine Auseinandersetzung - welcher Art auch immer - geben darf."

Das andere, das ist ein langer Prozeß gewesen, und keiner soll heute so tun, als hätte man damals schon alles wissen können. Und wenn dieses Zusammenspiel mit Rußland und mit Polen und mit Deutschland und all den anderen gelingt, dann sage ich, haben Sie eine Chance eröffnet, Herr Präsident Gorbatschow, wie Sie die europäischen Völker, soweit wir ihre Geschichte überblicken können, noch niemals gehabt haben. Und jetzt liegt es an denen, die in der Verantwortung stehen, diese Chance auch zu nutzen.

Friedrich Schorlemmer: Nur ein Satz noch zu Polen: Also, ich erinnere mich noch genau, seit wir ab 1972 visafrei reisen durften, waren die Reisen nach Polen für uns schon wie Reisen in den Westen. Wir hatten dort eine ganz andere Freiheit, Menschen zu begegnen. Und wie die Polen nach ihren geschichtlichen Erfahrungen mit uns Deutschen umgegangen sind, das halte ich für eine so große menschliche Leistung, die zu den wirklich bemerkenswerten Dingen in Europa gehört.

Auf der anderen Seite haben die Polen natürlich in den Jahren der deutschen Teilung immer ziemlich über uns hinweg gesehen. Das sollten wir auch nicht verschweigen. Die "richtigen Deutschen" waren für sie die anderen. Und die Ostdeutschen rächten sich mit dem Gebrauch all der geläufigen Vorurteile gegenüber Polen. Selten gab es eine Übereinstimmung zwischen DDR-offizieller Propaganda und dem Gefühl im Volk. Die Witze, die 1980 gerissen wurden, als es den Polen schlecht ging, sind schon ein schmachvolles Kapitel unserer Beziehungen, darüber muß auch noch einmal geredet werden.

Zum europäischen Prozeß mache ich einen Vorschlag: Müßten wir nicht viel stärker im Interesse des inneren Zusammenwachsens Europas darüber reden, was wir einander zu verdanken haben, statt uns immer nur vorzurechnen und zu erzählen, was wir einander angetan haben. Ich meine nicht nur die großen musikalischen, kulturellen, architektonischen und sonstigen Leistungen, durch die die Völker sich gegenseitig beeinflusst haben, sondern auch: Wie haben wir einander ermutigt und auf den Weg gebracht? Was verdanken wir den Ungarn 1956 und 1989, was verdanken wir den Tschechen 1968, den Polen 1980 und der Sowjetunion 1945 und 1989?

Ähnliches gilt ja sicher auch für Westeuropa. Was ich gegenwärtig aber erlebe, ist, daß Europa keine andere Idee hat, als die europäische Güterverkehrsgemeinschaft zu vervollkommen. Und die ökologischen, die soziokulturellen und die infrastrukturellen Ideen? Was es für die Regionen bedeutet, wenn die Waren in Portugal produziert und in Greifswald verkauft werden, was es für Folgen haben wird, wenn später Orte wie Kiew oder Petersburg in dieses Karussell einbezogen werden sollen, wird nicht gefragt.

Insofern brauchen wir eine Debatte darüber, was "Europa" ausmacht. Ich glaube, wir haben ein Instrument gehabt, das für die Beantwortung solcher Fragen geeignet war: die KSZE. Sie war der Versuch, die Rechte aller einzelnen und die gemeinsamen Werte aller: die wirtschaftlichen und die kulturellen, die politischen und die historischen Belange, auch soziale Fragen und bürgerliche Menschenrechte, im Zusammenhang zu sehen, das ist ein Konzept, das wir nicht achtlos liegen lassen sollten.

Ich behaupte, daß es jetzt in Europa zu solchen Eruptionen gekommen ist, daß der Westen weiterhin sein Tempo nicht verlangsamt und der Osten nicht hinterherkommt, liegt auch daran, daß die KSZE nicht genug vorankam und daß in den letzten Jahren vieles spontan und zu schnell ging. Ich denke, nach wie vor geht es darum, hinsichtlich der Verwirklichung der gemeinsam anerkannten Grundwerte zu einem Konsens zu kommen. Das gleiche gilt für die Demokratie. Wir können demokratische Strukturen haben noch und noch, wenn die Leute sie nicht ausfüllen, wird Demokratie nicht wirklich sein. Insofern meine ich, Demokratie ist nie, sie wird nur, und ich fürchte, die Russen haben Schwierigkeiten, sie aufzubauen, und wir sind in Gefahr, sie zu verlieren. Mit den Werten geht es wie mit der Demokratie: man wird sie nur dann erhalten, wenn man ständig um sie ringt.

Gabriele Krone-Schmalz: Dann wollen wir doch mal an diesem Tisch anfangen, das "Europäische Haus" zu bauen, so gut wir das hier können. Zumindest sollten wir uns Gedanken darüber machen, wie es gehen könnte; denn rein theoretisch sind sich ja viele einig darüber, daß es zusammenwachsen muß. Die Frage ist nur, wie das Fundament aussehen muß, wo man anfängt, wie man es anstellt.

Edward Heath: Ich möchte sagen, daß ich voll einverstanden bin mit den letzten Bemerkungen, daß wir uns mit dem Thema befassen sollten: "Europa im nächsten Jahrhundert" und nicht in die Vergangenheit zurückschauen. Ich bin etwas überrascht über diese Diskussion heute nachmittag, wieviel davon geredet wurde, was die Länder sich gegenseitig angetan haben, und was sie erlebt haben. Ich dachte, wir haben das beendet! Churchill hat ein Jahr nach dem Krieg gesagt, Deutschland und Frankreich sind jetzt Freunde geworden, und das wird die Basis für ein neues Europa sein. Von da aus müssen wir weitergehen in die Zukunft. Wenn die Rede ist von einem Fundament für das europäische Haus, so sind das einerseits die Voraussetzungen, die die Politik von Herrn Gorbatschow geschaffen hat, und andererseits sind es die europäischen Verträge.

Der Vertrag sagt doch ganz deutlich zwei Sachen, nämlich: Wenn die Länder eine freie Demokratie haben und eine freie Wirtschaft, dann können sie beitreten. Und was dann nur noch zu verhandeln ist, ist der Zeitpunkt des Beitritts. Ich glaube, daß "Europa" noch ein ziemlich künstliches Konzept ist. Man kann natürlich sagen, die Grenzen Europas sind, wo immer man will, die Verträge schreiben nur die Bedingungen eines Beitritts vor: Freie Wirtschaft und Demokratie. Nehmen wir doch das Beispiel der

Türkei: Sie hat schon seit dreißig Jahren einen Assoziationsvertrag und ist kein volles Mitglied geworden. Dafür gab es mehrere Gründe, die nicht so oft diskutiert werden. Einer ist das Vorhandensein starker militanter Kräfte. Die Frage ist nun, sind wir bereit, in der Europäischen Union ein Land wie dieses zu haben, wo wir sehen, daß im Nahen Osten bis nach Nordafrika militante Moslems erstarben? Die Frage ist nicht: Die Türkei ist Teil von Europa und muß deshalb in die EU aufgenommen werden, oder sie ist nicht Teil von Europa und muß deshalb draußen bleiben.

Gabriele Krone-Schmalz: Sie sagen, die Frage nach Europa sei eine ziemlich künstliche Frage: Was ist Europa, wo fängt es an, wo hört es auf? Rein theoretisch sicher, aber die Frage wird ja dann ganz praktisch und handfest, wenn es darum geht, für wen öffnet man die Union, wer ist als Partner überhaupt akzeptabel? Gehen wir einmal von der EU weg und fragen nach der NATO. Da ist doch nach meinem Eindruck zur Zeit der entscheidende Knackpunkt, daß wir - ganz vorsichtig gesagt - zumindest Gefahr laufen, alte Grenzen nicht einzureißen, sondern nur ein Stückchen weiter nach Osten zu verschieben. Sehen Sie das nicht bei der Überlegung: "Was ist Europa?", die in diesem Zusammenhang gar nicht mehr künstlich ist?

Edward Heath: Wie ich schon gesagt habe: Ich glaube, als Politiker muß ich versuchen, praktisch zu denken. Die Forderungen, die wir festgelegt haben, sind praktisch: Demokratie und eine freie Wirtschaft. Hinzu kommt die Frage, ob das Land selbst beitreten möchte. Das sind die Fragen, die entschieden werden müssen. Wir können nicht einfach sagen: Jetzt verläuft die Linie hier, und wir legen sie dorthin.

Eines der großen Probleme ist natürlich, ob Rußland eintreten kann, aber da muß ich sagen, das liegt noch weit vor uns. Was ich persönlich fragen möchte, ist: Was wäre, wenn alle anderen ehemaligen Staaten der Sowjetunion Mitglied in der Europäischen Union bzw. in der NATO werden wollen und Rußland "Nein" sagt?

Gabriele Krone-Schmalz: Sie haben gesagt, Sie wundern sich darüber, warum wir hier soviel über die Vergangenheit reden. Frage an Michail Gorbatschow: Wie muß man mit Vergangenheit denn umgehen, um eine Zukunft zu bauen?

Michail Gorbatschow: Ich glaube, meine Antwort wird etwas mehr umfassen, als nur die Reaktion auf diese Frage. Wir sagen, es gibt ein Europa. Daraus ergibt sich eine logische Schlußfolgerung: Wir müssen niemand mehr in Europa "aufnehmen". Europa existiert, ganz real. Eine andere Sache ist, daß es durch historische Entwicklungen in Europa bestimmte Systeme gibt, die existieren und handeln. Manche waren Systeme der Vergangenheit, manche existieren immer noch, da kann man nichts dagegen machen, so war die Geschichte. Und es gibt sicherlich bestimmte Erfahrungen im Osten und ganz andere im Westen, auch das muß man akzeptieren.

Heute vormittag habe ich bereits gesagt, daß wir Glück haben, daß es die Erfahrungen der Europäischen Gemeinschaft gibt. Aus der wirtschaftlichen Vereinigung für Kohle und Stahl ist die politische Vereinigung der Europäischen Union geworden. Dieser Prozeß muß sehr aufmerksam studiert werden. Und eine Schlußfolgerung ist natürlich klar, man kann nicht sofort ein gesamtes großes "Europa" erreichen. Europa muß berechenbar sein, politisch verantwortlich handeln. Man muß Schritt für Schritt in Richtung dieses gemeinsamen Europas gehen, da haben wir keine Unterschiede in unserer Meinung.

Ich möchte jedoch meinem Freund Sir Edward widersprechen. Vielleicht habe ich eine zu große Phantasie, neige zu Übertreibungen. Aber: die wirtschaftliche europäische Gemeinschaft ist die eine Sache. Sir Edward stellt jedoch die Frage so: Wenn Polen, Rußland und andere Staaten herangewachsen sind, dann werden wir sie aufnehmen. Vielleicht nehmen wir jemand auch in die NATO auf. Das ist wie eine Prüfungskommission, wie ein Direktorium oder eine Kommission. Dieses Organ vergibt uns Noten für unser Verhalten. Man geht davon aus, daß wir nicht gleich sind. Natürlich sind wir faktisch nicht in gleicher Stellung. Lediglich gesetzlich und juristisch gesehen sind wir gleich als Nationen, als Völker und Staaten.

Aber sollte es nicht vielmehr darum gehen, daß wir vom Osten und vom Westen in Richtung eines gemeinsamen Europas gehen und nicht, daß wir in Europa "aufgenommen" werden? Es klingt jetzt so, als wären die, die außerhalb von NATO und Europäischer Union existieren, keine Europäer. Doch

das kann ich nicht akzeptieren. Diese Konzeption geht von anderen, von fehlerhaften Voraussetzungen aus. Wir sind alle Europäer, wir wurden durch die Situation nach dem Kalten Krieg in unterschiedlicher Weise betroffen, wir haben ein unterschiedliches kulturelles, technisches, ökonomisches und staatliches Entwicklungsniveau. Das bedeutet aber nicht, daß wir keine Europäer mehr sind. Wir sind Europäer, wir müssen nur ein bißchen nachdenken, wie wir die Erfahrungen der Europäischen Union nutzen können, wie wir sie auswerten und bei uns anwenden können. In einer solchen gemeinsamen Bewegung müssen wir unsere Ziele für die Zukunft setzen.

Ich kann heute verstehen, daß durch das Ende der Konfrontation der Machtblöcke, in denen die inneren Widersprüche durch Disziplin unterdrückt wurden, jedes Land zuerst seine eigenen Probleme sieht. Das berechtigt uns jedoch nicht dazu, daß wir die Idee vergessen, das gemeinsame Europa aufzubauen, in Zusammenarbeit, in gegenseitiger Akzeptanz aller 54 Staaten. Natürlich wird es dabei unterschiedliche Einflüsse geben, wir müssen jedoch von den rechtlichen Tatsachen ausgehen und man darf nicht vergessen, daß wir auch das Recht haben zu träumen.

In meiner Erklärung vom 15. Januar 1986 habe ich gesagt, daß wir ohne Kernwaffen in das Jahr 2000 gehen werden. Ich habe genau erklärt, wir werden bestimmte Etappen durchschreiten und die Kernwaffen ganz und gar ablegen. Am nächsten Tag, nachdem meine Rede im Fernsehen übertragen worden war, wurde allgemein erklärt: Das ist eine Utopie, das ist ein Träumer im Kreml. Heutzutage - es sind keine 8 Jahre her - bauen wir die Kernwaffen ab, wir haben den Kalten Krieg überwunden, wir haben die Blöcke überwunden. Jetzt müssen wir Ziele für die Zukunft setzen, damit die Politiker innerhalb ihrer eigenen Verantwortung, ihres eigenen Staates, in Übereinstimmung mit den Interessen aller neue Wege beschreiten können. Ich glaube, man darf nicht in der NATO oder in der Europäischen Union sitzen und sagen: wenn ihr aus der Windelhose herausgewachsen seid, dann könnt ihr aufgenommen werden und kriegt auch eine Fliege von uns, das kann ich nicht akzeptieren.

Ich bin für die Gleichheit, für eine Annäherung, für die Zusammenarbeit und unbedingt dafür, daß die USA daran beteiligt sind. Wir sind alle daran interessiert, daß der Aufbau eines neuen Europas nicht bedeutet, daß die USA hier verdrängt werden sollen. Das ist im Interesse der USA und der Europäer, daß die USA einbezogen bleiben. Mehr noch: wenn wir zusammengehen, so haben wir eine gewaltige Möglichkeit für die Transformationen von Erfahrungen in verschiedenen anderen Teilen der Welt.

Jonathan Steinberg: Ich bin Ihrer Meinung, aber ich möchte daran erinnern, daß es keine Gewinner aus dem Kalten Krieg gibt. Man darf nicht vergessen, daß auch die Amerikaner große Verluste in dieser jahrzehntelangen Auseinandersetzung hatten. Nehmen Sie zum Beispiel den Schuldenberg. In acht Jahren hat Ronald Reagan das amerikanische Defizit verdreifacht. Nehmen Sie die Armut, all die sozialen Probleme, die Sie selber erwähnt haben. Es ist ganz natürlich, daß nach einer solchen Schlacht eine Nation sich auf sich zurückzieht, daß sie versucht, ihre inneren Probleme zu lösen. Ich glaube, man muß damit rechnen, daß in den kommenden drei, vier Jahren das Interesse des amerikanischen Volkes wahrscheinlich eher auf die Lösung der inneren Probleme gerichtet sein wird.

Christine Lieberknecht: Ich glaube, es gibt für unterschiedliche Bereiche des Zusammenwirkens auch unterschiedliche Organisationsformen. Was die Europäische Union betrifft, so gibt es zu deren Erweiterung und Vertiefung keine Alternative. Aber wir müssen auch hier ehrlich bleiben. Es wird sehr viel über die Vertiefung geredet, jedoch wir dürfen sie nicht so betreiben, daß die Erweiterung am Ende gar nicht mehr möglich ist. Dann würde genau das passieren, was verbal jeder verhindern will: Wir würden neue Mauern aufbauen. Es kann also nicht sein, daß ein "Club der Exklusiveuropäer" darüber bestimmt, was andere Länder zu tun haben, um am Ende in diesen Kreis aufgenommen zu werden. Das kann nicht die europäische Zukunft sein. Wir haben uns bei der Vertiefung ganz genau zu fragen: Was muß sich innerhalb der Europäischen Union ändern, damit wir für neue Mitglieder offen sind.

Man muß sich in diesem sehr komplizierten Beziehungsgefüge jedoch auch vor Illusionen hüten. Die KSZE als gemeinsames Dach ist gegenwärtig zur Lösung zahlreicher Probleme auch nicht in der Lage. Ich habe es leider als Vertreterin der deutschen Länder bei der KSZE 1992 erlebt, daß die dramatischen Schilderungen des Krieges in Bosnien-Herzegowina nicht dazu führten, daß sich innerhalb der KSZE eine einheitliche Meinung bilden konnte. Diese Gremien werden sich auch nur entwickeln können, wenn eine demokratische Bevölkerung, wenn Menschen in Europa das Gewissen Europas wahrnehmen und solche politischen Initiativen derart unterstützen, daß hier tatsächlich auch gehandelt

werden kann. Es ist schlimm, im Moment die Ohnmacht dieser Gremien zu erleben, das sage ich aus eigener Erfahrung.

Mit Blick auf die NATO würde mich die Meinung von Herrn Gorbatschow schon sehr interessieren, denn hier habe ich eine Kontroverse gespürt. Die Partnerschaft für den Frieden ist hier sehr gefeiert worden. Wenn ich richtig zugehört habe, haben Sie ein anderes Modell, und ich glaube, auch darüber sollten wir reden, daß wir auch die Unterschiede erkennen und die Begründung, warum man welche Struktur für die europäische Entwicklung favorisiert.

Gabriele Krone-Schmalz: Bevor wir das konkret machen, würde ich gerne noch Sir Edward befragen. Sie wollten noch etwas zu dem sagen, was Herr Gorbatschow eben angesprochen hat.

Edward Heath: Ich möchte eine direkte Frage stellen. Ich habe das letzte Wochenende in Brüssel und Antwerpen verbracht. Und in Antwerpen habe ich den Bürgermeister aus Sankt Petersburg getroffen, mit dem ich freundschaftlich verbunden bin. Und ich habe ihn gefragt: Ist Sankt Petersburg europäisch oder nicht? Wenn ich jetzt nach Wladiwostok ginge und den dortigen Bürgermeister fragte: "Sind Sie Europäer?", dann würde der wahrscheinlich denken, ich gehörte in ein Irrenhaus mit einer solchen Frage. Das heißt also, ich bin in der Europäischen Union ganz und gar zufrieden, mit dem neuen Rußland von Sankt Petersburg bis Wladiwostok gemeinsam zu sein. Und ich bin durchaus der Meinung, daß das ganze Rußland alle Unterstützung bekommen sollte. Und zwar bis hin nach Wladiwostok. Ich denke jedoch, in der Diskussion hier gilt dem westlichen Teil Rußlands, der in Europa liegt, zuviel Aufmerksamkeit. Rußland ist aber mehr als ein Teil von Europa.

Gabriele Krone-Schmalz: Wenn Sie sagen, daß aus Ihrer Sicht die Diskussion über Beziehungen zwischen Deutschland und dem westlichen Teil von Rußland zu eng wäre, dann sagt das wohl auch etwas über Stimmungslagen aus, die sich nicht auf Europa reduzieren lassen, sondern die gesamte Welt betreffen.

Adam Krzeminski: Ganz kurz zu dieser Debatte Rußland - Europa. Wo endet Europa, wie weit dehnt sich Rußland nach Osten über Europa hinaus aus? Ich verstehe die russischen Ängste vor einer Ausgrenzung, und ich kann mit ruhigem Herzen sagen, niemand in Polen wünscht sich eine Ausgrenzung Rußlands. Polen möchte keine Grenzzone zwischen der NATO oder der Europäischen Union und anderen Staaten werden. Der Punkt ist aber, daß die russischen Dimensionen doch nicht nur europäisch sind. Ein Russe hat mir vor einer Woche gesagt: "Wir haben zwei Beine, ein asiatisches und ein europäisches. Er sagte, die wichtigsten Partner Rußlands werden in den nächsten 30 Jahren Japan und China sein und möglicherweise auch die muslimische Welt im Süden Europas. Europa muß ruhig sein für uns, aber da haben wir keine Interessen wie früher, wie in der Zeit Peters des Großen oder Katharinas. Diese Zielrichtung hat sich irgendwie erschöpft. Wir müssen fest verankert sein in Europa, kulturell, technologisch, politisch; aber an eine Expansion in Richtung Westen zu denken, ist absurd. Wir sind nicht nur Europa. Das heißt, wir können Partner Europas werden, aber wir sind ein Kontinent für sich."

Wir leben in einer interdependenten Welt. Wir alle haben Mitgefühl mit den Bewohnern des letzten Dorfes irgendwo in Ruanda und wollen helfen. Dennoch gibt es so etwas wie einen Wettlauf der Egoisten, gibt es regionale Interessen, und es gibt auch so etwas wie unbestimmte zivilisatorische Zentren der Zukunft, von denen noch niemand weiß, wo sie sein werden. Wo sind diese Regionen, die sich am schnellsten entwickeln werden? Ich glaube, es gibt zur Zeit auch so etwas wie einen Wettlauf zwischen dem asiatischen und dem europäischen Teil Rußlands und mitteleuropäischen Staaten, wer am schnellsten einen bestimmten Level erreicht. Das ist ein marktwirtschaftlicher Wettbewerb, aber es ist nicht nur das.

Gabriele Krone-Schmalz: Ist das gut oder ruinös?

Adam Krzeminski: Das ist nicht ruinös, das ist tatsächlich ein Wettlauf, wer schneller eine bestimmte wirtschaftliche Qualität erreicht. Und es gibt tatsächlich Ängste in der Tschechischen Republik, in Ungarn. Auch in Litauen habe ich oft gehört, daß die Leute sagen: verdammt, wir werden warten müssen, bis Rußland so stark sein wird, daß auch uns der Westen hilft. Und darum geht es, nicht um irgendein Spiel gegen Rußland.

Noch ein Satz zur NATO. Diese ganze Frage hat sich gar nicht gestellt bis zum Herbst 1993. Aber als man sah, daß man ein Parlament mitten in Moskau zusammenschießt, daß danach Schirinowski gewählt wird, und als man hörte, was der Verteidigungsminister Rußlands über die beschränkte Souveränität der früheren Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrags sagte, dann hat man Angst bekommen: Nicht immer werden die Gorbatschows, auch nicht immer die Jelzins in Rußland regieren. Rußland ist heutzutage unberechenbar. Deswegen ist es eine Notwendigkeit, bestimmte Sicherheitsgarantien zu bekommen. Das mag heute egoistisch erscheinen, aber es ist notwendig. Andere denken auch an ihr eigenes Hemd, und weder Polen noch die Tschechische Republik noch Ungarn können alleine für ihre Sicherheit sorgen. Deswegen klopfen wir jetzt so heftig bei der NATO an. In Rußland sagt man: Wir geben euch die Garantien! Mit Verlaub - wir haben die Garantien 200 Jahre angehört, die Folgen kennen wir.

Michail Gorbatschow: Was soll mit Rußland gemacht werden? Rußland ist für alle unbequem. Ich glaube, man sollte nichts mit Rußland machen! Rußland ist mit Reformen beschäftigt, es hat seine Wahl getroffen und geht weiter. Natürlich ist das ein schwerer Weg, noch stehen einige Entscheidungen bevor. Das sind aber die Sorgen der Russen. Ich glaube, alle Beobachter, alle Mitfühlenden, sollten dies bedenken.

Schon vor Jahren ist mir geraten worden: "Sie, Herr Gorbatschow, sollten immer zuhören bei dem, was vom Westen kommt, aber Sie sollten nie tun, was Ihnen der Westen rät. Sie raten nur das, was sie selbst im Westen nie machen würden." Wer das vergessen hat, ist immer sonstwo gelandet. Es gibt Prozesse, die nur Rußland etwas angehen. Ich spreche hier auch nicht nur als Russe, selbstverständlich bin ich russischer Staatsbürger, ich spreche jedoch über die Probleme, die mit Europa und mit der Welt zu tun haben. Deswegen muß ich mich ein bißchen erheben über die Position des russischen Staatsbürgers.

Erstens: Was machen wir mit Rußland? Wir können Rußland nicht isolieren, es gab bereits solche Versuche, und die waren alle erfolglos. Wer versucht, Rußland zu isolieren, wird in der Zukunft Schwierigkeiten bekommen. Man sollte gar nicht darüber nachdenken, ob man Rußland isoliert oder nicht isoliert, ob man Grenzen oder einen Eisernen Vorhang errichtet. Das geht alles nicht. Rußland wird am erfolgreichsten auf dem Weg, den es gewählt hat, voranschreiten, wenn es Solidarität verspürt.

Rußland hat die Verantwortung dafür übernommen, mit dem Wettrüsten, mit dem Kalten Krieg Schluß zu machen. Es war schwierig, ich habe des öfteren gezweifelt, ob das zu schaffen sein wird - und trotzdem haben wir es geschafft! Und nun wird Rußland verdächtigt; das ist paranoid.

Und zweitens: Was sollte man in Europa machen? Es gibt die NATO, es gibt die Europäische Union, es gibt die KSZE, es gibt das Europaparlament, den Europarat, es gibt einen Verteidigungsrat in den ehemaligen Staaten der Sowjetunion, es gibt die GUS. Das existiert alles und ist durch staatliche Abkommen untermauert. Wir müssen diese Realitäten akzeptieren, wie sie sind, die Lage realistisch einschätzen, und in diesem Kontext müssen wir dann weiterdenken, was wir in der Zukunft machen. Ich glaube, man kann durch das aufrichtige Streben nach Annäherung viele Konflikte entschärfen. Das bedeutet z.B., daß der russische Verteidigungsverband nicht sagen kann: Wir bestimmen in Europa die Sicherheit; die NATO ist eine alte Struktur, wir haben zwar keinen Warschauer Pakt mehr, aber die NATO können wir nicht akzeptieren. Das wäre natürlich dumm. Die NATO existiert. Und man muß die Realitäten akzeptieren, die Stereotype überwinden, welche uns ständig beherrscht haben zu den Zeiten des Kalten Krieges.

Wir haben die heutige Weltsituation selbst geschaffen, und es kommt darauf an, sie zukünftig bewußt zu gestalten. Ich glaube, in Rußland, in der GUS spielen neue Partnerschaften, neue Arten der Zusammenarbeit eine große Rolle. Hier ergeben sich aus den Verträgen von Maastricht große Chancen, nicht nur für Westeuropa, sondern für alle Europäer. Aus wirtschaftlichen Beziehungen erwachsen in einer langen Zeit Formen politischer Zusammenarbeit. Auf dem Wege dahin können wir durch bilaterale Beziehungen auf der Ebene der Kultur, der Wissenschaft, durch verschiedene Formen des Austauschs diesen Prozeß vorantreiben. Wir warten nicht, bis jemand herangewachsen ist; wir müssen zusammen wachsen, wir ändern uns gemeinsam, und wir werden Europäer, die einander verstehen.

Gabriele Krone-Schmalz: Es fällt doch auf, daß in fast allen Äußerungen, und zwar gleich von welcher Seite, gesagt wird, man muß von den Realitäten ausgehen. Alle sind sich darin einig: Wir haben neue Partner gefunden, es sind neue Beziehungen entstanden, wir müssen gemeinsam zusammenwachsen, die Welt ist so klein, daß wir alle voneinander abhängen. Wir sind uns alle einig darin, und wir sind uns rein theoretisch sogar einig darin, daß wir voneinander lernen müssen. Aber keiner tut es.

Dieter Althaus: Wir reden alle davon, daß die Reform überall stattfinden muß, aber am Ende diskutieren wir über die "Schulreife" oder Europareife der anderen. Die Frage für mich ist in den letzten fünf Jahren, seitdem wir die Möglichkeit haben, Politik mitzugestalten: Ist es nicht besser, weder eine Reaktionspolitik durchzuführen, also immer zu reagieren, zu überlegen, wie kann man das, was sozusagen vorgestern ausgelöst wurde, heute gestalten, noch einen exakten Plan vorzulegen, wie sich dieses Europa entwickeln könnte, sondern einfach dafür zu sorgen, daß die Übervorteilung aufhört. Immer dann, wenn keine gleichen Rahmenbedingungen gegeben sind, keine gleiche Währung vorhanden ist oder andere strukturelle Gegebenheiten sich unterscheiden, wird es ja zu dieser Übervorteilung kommen, es wird zu Betrügereien kommen, zu Protektionismus. Und jetzt wäre es doch Aufgabe von Politik, bei dieser sehr unterschiedlichen Entwicklung, bei den sehr unterschiedlichen geschichtlichen Gegebenheiten, daß eine neue Art von Austausch möglich wird, daß wir den Rahmen dafür schaffen, daß sich sowohl die EU nach ihrem guten Konzept weiterentwickelt als auch Rußland sich weiterentwickelt, aber nach ganz eigenen Möglichkeiten.

Die Aufgabe unserer Politik ist, Hilfe anzubieten. Wir sollten unsere Kraft vor allem auch darauf verwenden, die kleinen Dinge zu unterstützen, von denen ich am Anfang gesprochen habe. Ich glaube, es ist sehr wichtig, daß die Menschen voneinander wissen und begreifen, daß gegenseitige Kenntnis, Akzeptanz und Unterstützung am Ende unsere einzigen Zukunftschancen sind. "Europa" ist vielleicht nur der Begriff, um das auszudrücken, was viel wichtiger ist: am Ende die gesamten globalen Herausforderungen zu lösen.

Ich habe Angst, daß wir fehlgehen, wenn in der Politik unserer Länder versucht wird, sich in einem "gesunden Kern" zusammenzuschließen, der untereinander einen intensiven Austausch realisiert, dem aber andere gegenüberstehen, die andere Entwicklungsstadien haben. Dadurch wird sich der Abstand immer mehr vergrößern. Es wäre mein Wunsch, daß man die Reformansätze überall weitertreibt, aber gleichzeitig versucht, den Rahmen so zu stecken, daß alle anderen Länder: Rußland, Polen, die anderen Staaten der ehemaligen Sowjetunion, Ungarn und so weiter, die Chance haben, sich nach ihren eigenen Möglichkeiten zu entwickeln, daß wir sie in dieser Zeit des Übergangs nicht durch die Festigung eines transnationalen westlichen Wirtschaftssystems übervorteilen. Wir müssen auch bereit sein, in diesem Europa selbst Veränderungen wahrzunehmen und anzunehmen. Die Europäische Union muß sich ja auch weiterentwickeln, sie wird nicht nur größer, sondern sie wird sich in Zukunft auch anders strukturieren. Und dieser Prozeß muß für die Zukunft durch die Jugend, durch Schule, durch Bildung, durch Wissenschaft und Kultur, so wie es Michail Gorbatschow gesagt hat, fundiert werden, denn sonst funktioniert er nicht.

Friedrich Schorlemmer: Zunächst einmal: Ich finde es ganz großartig, wie Michail Gorbatschow eben sehr deutlich und selbstbewußt sprach, ohne daß das anderen Angst machen muß. Aber ich muß an drei Punkten doch ein bißchen Wasser in den Wein gießen. Heute früh hat Hans-Dietrich Genscher sehr schön gesagt, daß sich die globalen Herausforderungen nicht durch Renationalisierung des Denkens und der Politik bestehen lassen. Das ist allgemein anerkannt. Aber ich bemerke mehrere Tendenzen: Man redet gegenwärtig weniger vom Haus Europa und mehr von der Festung. Man spricht vom weiteren Zusammenschluß, und es erfolgt ein weiterer ethnisch-nationalistischer Zerfall, der noch nicht zu Ende gegangen ist. Man sagt, man will niemand zurücklassen in Europa. Aber kaum sind die letzten russischen Soldaten weg, sprechen einige vom "Kerneuropa", und in der Mitte liegt Deutschland, verbunden mit Frankreich.

Der ökonomische Zweckverband gibt sich Werteüberschriften, bis nicht mehr klar ist, ob sie Waren oder ob sie Werte meinen. Darin liegen doch große Probleme, daß wir an diesem Tisch gewissermaßen die Sonntagsreden am Dienstag halten, aber in der Wirklichkeit an folgendem vorbeigehen: Was fühlt beim Thema "Werte Europas" ein Physikprofessor in Moskau, der jetzt Coca-Cola-Büchsen verkaufen muß? Was empfindet eine alte Frau in St. Petersburg, die Leningrad erlebt hat, eine Rentnerin, die heute nichts zu essen hat, wenn wir der sagen, wir sprechen jetzt über die Werte Europas?

Also, ich sage mir, wenn wir über Europa reden, dann müssen wir auch darüber reden, welche sozial-ökonomischen Probleme wir haben, die Menschen verführen könnten, alte Sicherheiten zu suchen, die regional, nationalistisch oder ethnisch sind. Insofern ist die Frage nach Europa auch wesentlich die Frage des Gelingens eines sozialen Ausgleiches zwischen einem reichen Teil und einem Teil, der auf längere Sicht jedenfalls nicht so reich sein kann wie wir, es auch nicht sein sollte. Aber das heißt, wir brauchen irgendeinen anderen Ausgleich untereinander.

Das führt mich noch zu zwei weiteren Gedanken. Erstens, und da habe ich eine Frage an Sie, Michail Gorbatschow: Ich habe Ihre Rede zum 70. Jahrestag der Großen Oktoberrevolution gelesen, die sie im Auftrag des Zentralkomitees gehalten haben. Dort haben Sie die leninsche Nationalitätenpolitik als gelungen angesehen, Nationalitätenprobleme schien es nicht zu geben. Ich muß Sie fragen: Haben Sie es nicht gewußt, haben Sie es nicht sagen dürfen, oder haben Sie es nicht sagen wollen, was in dieser großen Sowjetunion an nationalen Konflikten brodelte, die jetzt zum Ausbruch gekommen sind? Hier rächt sich furchtbar das Tabu einer Ideologie, die fürsorglich sein wollte, die uns aber entmündigt und vergemeinschaftet hat. Die Geschichte machte faktisch einen Abstecher in die organisierte Utopie, um uns dann wieder zurückzuführen zu Atavismen. Die Tabus haben sich in der ehemaligen Sowjetunion und im sozialistischen Lager gerächt. Und ich frage mich heute, welche neuen Tabus rächen sich sehr bald an uns?

Deswegen ein letzter Gedanke, ein mehr anthropologischer. In so einer komplizierten Situation, wo Menschen in einer besonders schwierigen sozialen Situationen sind, suchen sie Sicherheiten, die sie politisch im Autoritären zu finden glauben oder im religiösen Bereich in fundamentalistischen Antworten. Die größte menschliche Nähe scheinen Menschen zu finden, die sich fundamentalistisch zusammenschließen und zu allem in der Lage sind. Die Werte verkürzen und verlagern sich dorthin, wo sie zu Verbrechen führen, die Europa schon einmal in die Katastrophe geführt haben.

Daß die ethnische Identität gesucht wird, wenn man keine andere hat, liegt möglicherweise daran, daß unsere menschliche Revierbezogenheit, von der die Verhaltensbiologen sprechen, zusammen mit einer bestimmten Überlegenheitspose, für uns immer das Wahrscheinlichere ist, und so etwas wie europäisches oder internationalistisches und tolerantes Denken ist immer das Unwahrscheinlichere. Ich war heute früh sehr froh, als Herr Genscher und Sir Edward Heath gesagt haben, Politik müsse stets den Versuch machen, zwischen dem, was ist und dem, was sein soll, den Ausgleich zu suchen. Unsere Demokratien - und das werfe ich Politikern heute vor - neigen gegenwärtig dazu, Volksstimmungen nachzugeben wie z.B. in Italien, statt bestimmte Gedanken vorzugeben, die Europa in unser aller Zukunftsinteresse bestimmen sollten. Und da meine ich, haben wir ein Defizit an Wertebewußtsein auch bei unseren führenden Politikern in Europa.

Gabriele Krone-Schmalz: Was Sie geschildert haben, läßt ja in bezug auf Europa den Schluß zu, daß wir uns im Grunde genommen auf drei Ebenen bewegen: Einmal auf der Ebene der Sonntagsreden, zum anderen auf der Ebene der praktischen, nicht der pragmatischen, Politik, die eine Interessenpolitik ist und eine Machtpolitik. Und die dritte Ebene ist dann die pragmatische Politik, die versucht, sich über all das hinwegzusetzen, was Herr Heath am besten kann, weil er nicht mehr in eine Regierung eingebunden ist.

Wie gehen wir damit um, was machen wir unter diesen Umständen aus Europa? Wir reden alle von Partnerschaft, wir reden alle von unserem gemeinsamen Wunsch, Europa zu gestalten, und wir reden alle von der Gleichberechtigung. Sie gestatten: War es dann nötig, die Verabschiedung der alliierten Truppen aus Deutschland so zu machen, wie man sie gemacht hat?

Walter Wallmann: Verzeihung, ich habe, ehrlich gesagt, die Frage nicht verstanden.

Gabriele Krone-Schmalz: Ich kann sie gerne ausführlich wiederholen.

Walter Wallmann: Nein, ich habe sie schon gehört, aber ich habe sie nicht verstanden.

Gabriele Krone-Schmalz: Wenn Sie sagen, Sie haben mich nicht verstanden, muß ich noch einen Satz dazu sagen. Es geht mir um folgendes: Wenn wir von Partnerschaft reden, und wenn wir auch die Frage stellen, wie gehen wir mit Vergangenheit um, um eine Zukunft gestalten zu können, dann muß das ein Thema sein, welches gestattet ist, zu diskutieren, ohne daß man in typisch deutscher

Manier, das sage ich als jemand, der lange in Rußland gelebt hat, gleich in eine Schublade gesteckt wird. Pardon. Und nun Ihre Antwort, die mich sehr interessiert.

Walter Wallmann: Nein, ich würde sagen, ich kann einigen Prämissen von Ihnen nicht zustimmen, ich mag mich ja irren. Eigentlich wollte ich zu dem anderen noch etwas sagen. Sie haben gesagt: "Wir suchen neue Partner, wir reden von neuen Partnern, wir sagen, wir müssen zusammenwachsen. Aber keiner tut was."

Dem möchte ich entschieden widersprechen. Ich bin der Überzeugung, daß mit allen Problemen, mit allen Rückschlägen, mit allem Hin und Her, die europäische Idee, so wie sie sich verwirklicht hat, eine einzigartige Erfolgsstory ist. Was wir vorhin gehört haben, von Sir Edward oder von Herrn Genscher, hat das doch belegt. Was die Menschen umgetrieben hat, ist doch, meine Damen und Herren, im Grunde genommen nichts anderes gewesen als die Einsicht, daß es nur dann eine Zukunft gibt, wenn die Europäer mit ihren Nationalismen, mit ihren Vorurteilen, mit all dem Elend, das es hier gegeben hat, endlich Schluß machen. Es waren erfahrene, kluge, alte Männer, die diese Ideen formuliert haben.

Zweitens: Der eine oder andere hört es vielleicht nicht so gerne, aber selbstverständlich gibt es verschiedene Interessen in dieser Welt, und ich kann Herrn Krzeminski verstehen, wenn er Sorgen formuliert, die in Polen vorhanden sind. Wir Deutschen müssen jedoch leidenschaftlich an einer guten Politik mit Rußland interessiert sein, nur bitte nie wieder zu Lasten von Polen. Die besonderen Interessen von Polen, von Deutschland und von Rußland müssen respektiert werden, sonst kann das "Unternehmen Europa" nicht klappen. So, und jetzt die letzte Frage, die Sie angesprochen haben. Mußte die Verabschiedung der ausländischen Truppen so sein, wie sie war? Tja, also meinetwegen hätte es ja nicht stattfinden müssen. Aber ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich weiß nicht, wie es Ihnen gegangen ist, für mich ist das schon ein bewegender Augenblick gewesen.

Gabriele Krone-Schmalz: Sie wissen doch, was ich meine, ist nicht die Tatsache als solche, sondern die gemeinsame oder die getrennte Verabschiedung.

Walter Wallmann: Entschuldigung, Sie haben ja völlig recht, da sind aber Unterschiede, lügen wir uns doch nichts in die Taschen. Da sind Unterschiede über Jahrzehnte gewesen, nur, die Westtruppen nicht zu verabschieden, das wäre kein Problem für mich gewesen. Die ehemals sowjetischen und heute russischen Truppen zu verabschieden, das hat, glaube ich, in Deutschland noch einmal bewußt gemacht, daß da auch ein Stück Dankbarkeit nicht nur abzutragen, sondern vor der Welt auch zu zeigen ist. Insofern sind wir in einer anderen Situation als andere Völker gewesen.

Wenn man solche konkreten Fragen diskutiert, muß man analysieren: Was ist die offizielle Position, was ist die menschliche Position, und was ist dann das, was man in der praktischen Politik wirklich macht? Und welche Rolle spielen dabei die Erwartungen von anderen, auf die man angewiesen ist? Welche Rolle spielen dabei Rücksichten, die man nehmen muß; auch das wird im Einzelfall eine Gratwanderung sein.

Edward Heath: Zu Ihrer Frage, ob das alles nötig war: Meine Antwort ist, überlassen wir das doch den Historikern. Wir haben die Archive, da sind all die Papiere da, da sind unzählige Autobiographien, überlassen wir es denen. Die Historiker werden darüber schreiben. Und wenn sie das gut machen, verdienen sie noch eine Menge Geld dabei.

Gabriele Krone-Schmalz: Die Frage ist, brauchen wir jetzt oder später Antworten auf diese Frage?

Edward Heath: Also, von meiner Sicht auf die Zukunft möchte ich nur sagen, Herr Gorbatschow hat da nicht das richtige Gleichgewicht. Er hat eine Menge über die NATO gesprochen und auch, daß Rußland für einen späteren Zeitpunkt an der NATO interessiert ist. Was ist der Sinn? Waffenreduzierung ist, was im Moment zählt, aber die NATO hat nichts damit zu tun. Lassen Sie uns die Waffen abbauen!

Die Frage im Zusammenhang mit Rußland ist doch eine ganz andere. Die russische Industrie befindet sich in einem schrecklichen Zustand, ich habe mich selbst davon überzeugt. Fast alles in Rußland ist in einem schrecklichen Zustand. Und der beste Dienst, den man Rußland und ganz Europa tun könn-

te, ist, alle Kräfte darauf zu konzentrieren, das Haus Rußland in Ordnung zu bringen. Wenn man sieht, daß das getan werden kann, wird jeder bereit sein, dort zu helfen und Geld nach Rußland zu schicken. Im Moment fließen die Gelder noch nicht so, weil man nicht erkennt, daß es Sinn macht. Stattdessen fließt Geld nach China, denn da sind die Investoren jetzt überzeugt, daß die chinesische Wirtschaft gut geleitet wird, daß sie erfolgreich sein wird.

In Rußland ist das noch nicht der Fall, aber Rußland braucht Investitionen. Ganz verzweifelt sogar. Sie werden dann kommen, wenn Rußland Investoren außerhalb des Landes überzeugen kann, daß es sich lohnt. Also hören wir doch auf, uns Gedanken zu machen über die NATO und diese Fragen, denn die haben keine unmittelbaren Auswirkungen. Wir haben unsere Rüstungsverträge, da ist keine augenblickliche Gefahr, die Wirtschaft ist wichtig.

Bei meiner Begegnung mit dem Bürgermeister von Sankt Petersburg habe ich gesagt: Sie haben enorme kulturelle Schätze, Sie haben die Ermitage, aber Sie geben nicht genug Geld in die Kultur. Das Ballett hat nicht genug Geld, den großen russischen Orchestern fehlt es an Geld. Es geht dabei nicht nur darum, daß das kulturelle Erbe Rußlands gepflegt würde, wenn diese Orchester in die Welt reisen könnten, würde das auch eine Menge Geld nach Rußland bringen. Auch daran sollte man denken.

Gabriele Krone-Schmalz: Da Sie das gerade ansprechen, Herr Gorbatschow, für Sie ist das ja auch eine wesentliche Aufgabe, der Sie sich zur Zeit widmen.

Michail Gorbatschow: Es sind zwei Auftritte und eine Meinung. Zum ersten über den Abzug der Truppen der Alliierten. Ich wurde nicht angesprochen, weder von der russischen noch von deutscher Seite, es wurde ja mehrmals hier erwähnt. Zweitens: In Rußland ist es kompliziert und schwierig, die Russen denken natürlich daran, wie man die Krise überwindet. Rußland wird sie überwinden und wird auferstehen, auch wenn das keiner will. Es gibt dort 150 Millionen Menschen, es sind gute Leute, mit guten Köpfen, und sie werden das packen. Dieser Zickzackweg kann natürlich sehr langwierig und schwierig sein. Und in Europa sind des öfteren Meinungen zu hören, die sagen, je länger Rußland mit eigenen Problemen zu tun hat, desto besser ist es für uns. Sonst haben wir es mit Konkurrenz zu tun, denn Rußland wird ein großer Konkurrent für uns werden.

Darauf möchte ich sagen, das entsteht alles in den Köpfen von Menschen, die nur in alten Dogmen denken. Sie können nicht verarbeiten, was an Neuem kommt und empfinden nicht, daß wir eine neue Politik brauchen. Wenn man sagt, in Rußland ist es schlecht, und es kann noch schlechter kommen und denkt gleich an die NATO, dann habe ich eine Assoziation im Kopf. Statt im Rahmen der KSZE oder in der Europäischen Union zusammenzukommen und darüber nachzudenken, was man dafür tun kann, damit Rußland, Polen und andere Länder ihre Schwierigkeiten so schnell wie möglich überwinden, sollte man über einen regionalen Sicherheitsrat nachdenken.

Wenn in Rußland der Eindruck entsteht, daß für alle Fälle die NATO schon ihre Vorbereitungen getroffen hat, um in einer komplizierten Situation ihre Maschinerie in Gang zu setzen, dann muß man die paranoische Logik akzeptieren, die russische Strategen und Politiker in der Furcht vor einem präventiven Schlag entwickeln könnten. Wir müssen diesen absurden Weg verlassen. Wir sind in einer ganz anderen Welt. Und wenn jemand aus diesen Denkweisen nicht herauskommen kann, sollte er aus der Politik gehen. Wenn jemand nur durch Diskussionen lebt und nichts mehr zu sagen hat, soll er das Bewußtsein der Menschen nicht vergiften, zumal, wenn sie in einer so komplizierten Lage leben wie gewöhnlich in der ganzen Welt.

In Europa ist alles verwirrt, da brauchen wir erst recht Solidarität und Respekt. Na gut, wir sprechen miteinander und stellen fest, daß wir alle das neue große Europa auf unterschiedliche Weise anstreben, mit verschiedener Geschwindigkeit, jeder nach seiner Variante, mit Berücksichtigung unserer Kultur und unserer Erfahrungen. Als Beispiel und als stimulierender Schritt für das gemeinsame Europa wäre der europäische Sicherheitsrat zu betrachten. Es gibt viel Instabilität in Europa, und ein Sicherheitsrat könnte als höchstes Organ auf alle Situationen sehr schnell reagieren, Kräfte und Aktivitäten koordinieren. Nicht die NATO, sondern der Sicherheitsrat! Und wenn dieser Sicherheitsrat in Europa etwas berät, können auch die NATO und andere Institutionen eingeladen werden. Wenn dieser Sicherheitsrat existiert, wird er auf ganz neue Weise präventiv arbeiten können, da brauchen wir gar nicht die NATO anzusprechen. Das wäre die neue Politik, das wäre die neue Denkweise, die wir heutzutage brauchen, alles andere möchte ich ganz energisch ablehnen.

Es ist mir bekannt, daß die russischen Führer bereits einen Vorschlag zu einem Treffen im Rahmen des KSZE vorbereitet haben, um eine solche Einrichtung zu schaffen. Das andere ist die Entstehung von Strukturen, die gesamteuropäische Austausch- und Begegnungsprogramme zwischen Wissenschaftlern, Jugendlichen, Bürgern aus allen Ländern Europas ermöglichen. Wir haben die Charta von Paris. Natürlich ein wunderbares Dokument! Es hängt irgendwo an der Wand und funktioniert nicht. Es gibt keine Antriebsräder im Leben dieser Charta. Ich würde ein Komitee oder einen Ausschuß, eine gesellschaftliche oder staatliche Institution gründen, um solche Austausche durchzuführen. Jetzt wäre es natürlich praktisch, wenn wir hier am Tisch auch einen amerikanischen Regierungsvertreter hätten oder jemand von der Bundesregierung, um darüber zu sprechen, was man einleiten könnte, um beide Strukturen zu schaffen.

Christine Lieberknecht: Ich wollte noch einmal zurück zu den tatsächlichen Unterstützungen für Rußland oder insgesamt für Mittelost- und Osteuropa. Es stimmt, daß die Europäische Union für das westliche Europa eine Erfolgsgeschichte ist. Aber meine Frage: Ist das, was sich bisher im Westen erfolgreich entwickelte, tatsächlich ausreichend für die Herausforderung, die wir heute haben, und die Antwort kann nur heißen: "Nein, ist es nicht". Die Kluft zwischen den Reden der Politiker und dem, was tatsächlich passiert, ist ja unverkennbar. Die Ursache dafür läßt sich schlicht und einfach auf den Kampf um Macht und Einfluß zurückführen. Wenn ich allein die jetzt beschlossenen Beitritte von Österreich, Schweden, Finnland und Norwegen betrachte, was da über Stimmverhältnisse, also über Machtpositionen und Einflußsphären mit Ländern verhandelt wurde, bei denen es überhaupt keine Frage war, daß sie auch ökonomisch eine Bereicherung der Europäischen Union sind. Wie schwer werden wir uns dann tun, wenn es um die mittelosteuropäischen Staaten und Rußland geht.

Ich denke, an dieser Stelle sollten wir ehrlich sein, und das führt zurück zu der Ausgangsfrage: Änderung von Lebensstil, wir müssen teilen. Und es ist schlimm, wenn im Moment in Deutschland die populärste Frage im Blick auf die Europäische Union darin besteht, die deutschen Beiträge möglicherweise zu senken und sich hier ungerecht behandelt zu fühlen. So kommen wir nicht weiter. Sicher muß es hier Gerechtigkeit geben, wir müssen aber ergebnisoffen diskutieren.

Aber politisch läßt sich eine solche Auffassung nur durchsetzen, wenn es viele Menschen gibt, die bereit sind, auf Grund von neuen Werten, vielleicht auch auf Grund der Rückkehr zu früheren Werten, materielle Einschränkungen zu akzeptieren und einen neuen Lebensstil zu entwickeln.

Gabriele Krone-Schmalz: Vielleicht wäre es ja auch eine gute Idee, den Menschen überhaupt erst einmal zu vermitteln, was Europa sein kann oder sein sollte, daß nicht immer nur in jedem Kopf, auch in meinem, die negativen Dinge erscheinen, z.B. der Eindruck, daß wir totverwaltet werden. In den Maastrichter Verträgen steht das Ziel, daß die Völker Europas eine Union bilden sollen. Vielleicht sollte man die Völker einmal fragen, ob sie das wollen, sie am Entscheidungsprozeß beteiligen!

Zum Schluß habe ich eine Bitte an Sie alle. Ich würde gerne von Ihnen folgendes wissen: Wenn Sie in das 21. Jahrhundert blicken und sich Europa vorstellen: Wo in der Bandbreite zwischen Risiko und Chance oder Skepsis siedeln Sie das an, was Sie dabei empfinden?

Dieter Althaus: Ich bin jung genug, um optimistisch zu sein. Ich denke, daß es in den nächsten Jahren natürlich Wagnisse gibt, die man politisch nicht vorhersehen kann. In meiner persönlichen Arbeit bemühe ich mich, daß die Brücke wieder stärker gebaut wird, die zu den Ländern des Ostens führt, die eigentlich eng verknüpft waren, mit dem Zerfall der Blöcke auf neue Weise zusammengekommen sind, aber letztlich doch nicht zusammen sind. Es sollte keine Westorientierung und keine Ostorientierung geben. Es gilt, der Jugend begreiflich zu machen, daß ein Leben in Toleranz, Solidarität und Respekt die einzige Chance ist, eine friedliche Zukunft zu gestalten. Diese Haltung entwickelt sich aber nicht durch Belehrung, sie wächst nur durch Begegnungen. Schon innerhalb Deutschlands spüren wir ja, wie schwer das ist. Aber immer dann, wenn sich die Menschen längere Zeit begegnet sind, wächst Verständnis.

Walter Wallmann: Kurz und knapp: Auch ich bin zuversichtlich aber auch ohne Euphorie. Im übrigen würde ich beginnen bei Städtepartnerschaften und bei Jugendaustauschprogrammen.

Adam Krzeminski: Risiko und Skepsis. Erstens sind die Möglichkeiten der Hilfe für alle diese Reformländer inklusive Rußland begrenzt, und es beginnt so etwas wie ein Verteilungskampf. Wer kann sich besser ins Bild setzen, und wer kann sich besser profilieren? Das sind die Risiken. Aber ich glaube, ich bin auch ein Optimist. Ich glaube, die Chancen liegen in produktiven Gesprächen, auch im Umgang mit unserer Geschichte. In dieser Geschichte gibt es viele Möglichkeiten einer produktiven Aufarbeitung von Ereignissen, die wir bis heute verdrängen, damit jeder von uns sich besser darstellen kann. Das Gespräch ist viel leichter als die Verdrängung.

Michail Gorbatschow: Ich glaube, in dieser Situation steht die Frage so, entweder nutzen wir diese Chance, nachdem wir den Kalten Krieg überwunden haben und uns nun annähern in unseren Ansichten über die Zukunft, oder wir verpassen sie, wie es nach dem Zweiten Weltkrieg der Fall war, nachdem wir den Faschismus gemeinsam zerschlagen haben und dann auseinander gegangen sind. Ich glaube, wir dürfen uns das nicht leisten, wird dürfen nicht auseinandergehen; das würde eine große Niederlage sein. Ich hoffe, daß das nicht passiert, und deshalb brauchen wir eine Politik praktischer Schritte. Den Weg kann derjenige bewältigen, der den Weg geht. Das wurde vor 2500 Jahren gesagt.

Edward Heath: Ich stimme zu, daß wir heute eine große Chance haben, und das wird auch noch weitergehen, es wird nur nicht plötzlich dasein. Was nach dem Zweiten Weltkrieg geschah, ist nicht, daß wir einfach auseinandergegangen sind, sondern Stalin hat versucht, einen Angriff auf einen wichtigen Teil des Westens durchzuführen, und als Ergebnis hatten wir den Kalten Krieg und den Eisernen Vorhang. Das war also ein beabsichtigter politischer Schritt. Ich glaube nicht, daß wir jetzt noch einmal eine Diskussion über das gegenwärtige Rußland beginnen sollten. Legen wir also auch das ins Archiv.

Was ich sagen möchte ist, daß die Europäische Union weitergehen wird, bis zu ihrer Vollendung, und wir sind nicht egoistisch. Wir tun mehr zur Unterstützung der Entwicklungsländer als alle anderen Staaten auf der Welt. Wo kommt denn die Hilfe her? Aus den mitteleuropäischen Ländern. Es ist eine Kränkung, zu sagen, die Europäer wären egoistisch. Die Hilfe für die Länder der ehemaligen Sowjetunion und für Rußland kommt zu einem Teil aus den USA und zu einem großen Teil aus Europa. Und ich kann nur noch einmal sagen: Rußland sollte Vertrauen herstellen für Investoren, so daß sie mit ihrem Geld dort hinkommen.

Ich mache mir überhaupt keine Sorgen um Wettbewerb oder Konkurrenz. Natürlich wird es Konkurrenz geben, aber es wird noch sehr viele Jahre dauern, bis in Osteuropa ein wirklich konkurrenzfähiges Niveau erreicht ist. So war es auch mit dem Marshallplan. Das gehört einfach zur modernen und freien Wirtschaft. Aber innerhalb der Grenzen Rußlands müssen erst mal die Bedingungen dafür hergestellt werden. Ich bin ganz und gar bereit, alle diese Risiken einzugehen und Rußland so viel zu helfen, wie wir nur können.

Christine Lieberknecht: Mein Stichwort ist Kultur; Kultur am Ende eines Jahrhunderts, dessen Anfang geprägt war von Krieg und Vernichtung. Nach dem zweiten Weltkrieg war die westdeutsche Geschichte geprägt durch das Wirtschaftswunder. Aber wir merken, auch das ist an Grenzen gekommen. Kultur schafft Verbindung der Menschen untereinander. Und gerade in Thüringen sehe ich eine gute und große Aufgabe, eine gute und große Chance in der "Europäischen Kulturstadt", hier die Kulturen miteinander zu verbinden und einen Weg zu weisen.

Friedrich Schorlemmer: Genausowenig, wie ich mir für unsere Gesellschaft den Weg in eine Zwei-Drittel-Gesellschaft wünsche, wünsche ich mir für Europa den Weg in das Zwei-Drittel-Europa. Das ist mein erster Punkt. Der zweite ist, ich denke, Europa ist darin großartig, daß es ein Zusammensein der sehr Verschiedenen ist. Europäisches Bewußtsein kann nur dann richtig wachsen, wenn es regionale Identität weiterhin gibt und wir nicht zu einer Art Mc Donald-Europa werden. Ich meine damit sowohl die wirtschaftliche wie auch die kulturelle Identität, die die einzelnen Regionen brauchen. Das gilt für kleinere Länder genauso wie für größere. Was wir brauchen, ist ein rechtlich vermittelnder Ausgleich zwischen europäischen Ideen und nationalen Interessen oder man könnte auch sagen zwischen europäischem Altruismus und nationalem Egoismus. Wer nur von Ideen redet, geht ebenso an der Wirklichkeit vorbei wie der, der nur von Interessen redet. Wir brauchen noch mehr Strukturen für die europäische Verständigung, das heißt jetzt insbesondere nach Osten hin. So darf der Abzug der sowjetischen Soldaten nicht zu einem Abschied werden, sondern wir müssen andere Formen des Zusammenlebens entwickeln.

Jonathan Steinberg: Für mich hängt die Zukunft Europas eng mit der Zukunft der Weltwirtschaft zusammen. Ich bin fest davon überzeugt, daß wir mit dem 21. Jahrhundert das Zeitalter der asiatischen Mächte erleben werden, das Zeitalter, in dem China zur größten ökonomischen Macht der Welt wird, gefolgt von Japan, Korea, Singapur und Taiwan. Und es wird viel davon abhängen, wie wir in Europa, das betrifft auch die Vereinigten Staaten und Rußland, mit dieser Konkurrenz fertig werden, und ebenso davon, ob sich die Chinesen, die Japaner dann auch solidarisch zu den Weltproblemen - ökologisch und wirtschaftlich - verhalten. Da bin ich jedoch sehr zuversichtlich.

Erschienen in:

VIA REGIA – *Blätter für internationale kulturelle Kommunikation* Heft 18/19 1994,
herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>